

PRESSEMIT TELLUG

Bildungspolitik

Nr. 282/14 vom 16. Mai 2014

Heike Franzen: SPD, Grüne und SSW gehen den fünften von sechs Schritten zur Abschaffung des Gymnasiums

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, sieht im heute (16. Mai 2014) durch den Philologenverband öffentlich gewordenen Entwurf zur Reform der Oberstufenverordnung einen weiteren Schritt zur Abschaffung des Gymnasiums. Sie warnte aufgrund der erneuten Abweichung von Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz drohenden Nachteilen für die Schulabsolventen:

"SPD, Grünen und SSW geht es nicht um Begriffe. Wenn diese Verordnung in Kraft tritt, haben sie nach der Abschaffung des Gymnasiallehrers fünf von sechs Schritten zur Abschaffung des Gymnasiums hinter sich" erklärte Franzen in Kiel.

Das Vorschaltgesetz hat die Wahlfreiheit für G8 und G9 abgeschafft und damit den Weg zum Abitur über das Gymnasium eingeschränkt (Schritt 1).

Mit der Reform des Schulgesetzes seien die Gymnasien verpflichtet worden, jeden Schüler unabhängig von der Leistungsfähigkeit aufzunehmen und außer in absoluten Ausnahmefällen zum Abschluss zu führen (Schritt 2).

Beim Planstellenabbau der Lehrerausstattung werden die Gymnasien überproportional belastet (Schritt 3).

Pressesprecher Dirk Hundertmark Landeshaus, 24105 Kiel Telefon: 0431 988-1440 Telefax: 0431-988-1443 E-Mail: info@cdu.ltsh.de Internet: http://www.cdu.ltsh.de

Mit der Reform der Lehrerausbildung werde der eigenständige Gymnasiallehrer ebenso abgeschafft, wie der eigenständige Lehrer für die Mittelstufe (Schritt 4).

Nun folgt die Tilgung der gymnasialen Oberstufe aus der Verordnung (Schritt 5).

Franzen erinnerte daran, dass alle drei Regierungsparteien in ihren Programmen die "eine Schule für alle" als Ziel der Bildungspolitik beschrieben. Da das Gymnasium mit Abstand die erfolgreichste und anerkannteste Schulform sei, trauten sich SPD, Grüne und SSW derzeit noch nicht, die Abschaffung zu vollziehen.

"Wie die Grünen bei der A 20 haben rot/grün/blau auch hier noch Angst vor den Wählern. Aber die Menschen sollten sich die Fakten ansehen. SPD, Grüne und SSW warten nur noch darauf, dass ihre Maßnahmen den hervorragenden Ruf unserer Gymnasien schwächen. Dann wird der sechste und letzte Schritt schnell folgen", so Franzen.